

gruene 12 | 06 blaetter

Alles öko, oder was?

Der neue Landesvorsitzende stellt sich vor:



Liebe Freundinnen
und Freunde,

an dieser Stelle nochmals danke für all die Glückwünsche zu meinem neuen Amt! In der Öffentlichkeit und Presse ist unser Parteitag im November sehr gut angekommen. Der sehr emotional besetzte Abschied von Andreas Braun nach fast acht Jahren als Landesvorsitzender fand dabei respektvolle Beachtung. Der Wechsel an der Spitze mag für Einige als Bruch erscheinen - ich empfinde ihn als Aufbruchsignal zu einem wirklich praktizierten Generationenwechsel, der gerade auch bei uns Grünen immer wichtiger wird. Wovon andere Parteien nur reden, setzen wir als

Grüne um - Generationengerechtigkeit bleibt nicht nur ein theoretisches Konstrukt, sondern wird von uns gelebt und damit glaubwürdiger denn je. Für mich gilt: Mit überlegter Unbekümmertheit will ich grüne Politik leidenschaftlich in Baden-Württemberg vertreten. Dafür komme ich auch gerne zu Euch vor Ort.

Wir haben beschlossen, die Ökologie wieder ins Zentrum der Politik zu stellen. Das ist gerade für uns Grüne die richtige Entscheidung gewesen, denn die Ökologie ist heute eine Existenzfrage ersten Ranges: Es geht schlicht um die Überlebensfähigkeit der Menschheit. Bereits in den Gründungsjahren unserer Partei formulierten wir auf dem wahrscheinlich berühmtesten unserer vielen guten Plakate: "Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt". Unter dieses Leitmotiv sollte man grüne Politiken stellen. Das haben nun auch andere erkannt. Jüngst entdeckten viele politische Zeitschriften unter den Eindrücken des Klimawandels mit all seinen Facetten die Renaissance der Ökologie. Menschen wie Al Gore, Klaus Töpfer, ja selbst Arnold Schwarzenegger stellen es in das Zentrum ihrer politischen Arbeit. Wir Grünen haben dieses Thema einst auf die politische Agenda gehoben. Schon damals waren wir den anderen nicht nur einen, sondern mindestens drei Schritte

voraus. Wer, wenn nicht wir, kann dieses Thema am glaubwürdigsten vertreten?

Auf dem Landesparteitag in Bad Krozingen haben wir als erster Landesverband überhaupt diesen neuen Tenor aufgegriffen. Spätestens, wenn wir nach Neujahr die letzten Weihnachtstaler aufgegessen haben, machen wir uns ans Werk, dieser Botschaft Taten folgen zu lassen.



Am 10. Februar steht wieder eine Regionalkonferenz an. Dabei hat der Landesvorstand bei der Festlegung der Themen die Impulse der Landesdelegiertenkonferenz aufgenommen. Neben der Ökologie ist für uns soziale Gerechtigkeit vorrangig. Wie angekündigt, werden wir auch in Baden-Württemberg breit und ausführlich weiter über die Ausgestaltung einer Grundsicherung / eines Grundeinkommens diskutieren. Ein sehr wichtiges Thema für die Menschen in unserem Land - und das Jahr 2007 wird die Entscheidung bringen, wie sich Bündnis 90/Die Grünen dazu positionieren. Was die Bundesdelegiertenkonferenz Ende nächsten Jahres beschließt, wird für uns in den folgenden Jahren maßgeblich sein. Aus diesem Grund ist es nicht nur wünschenswert, sondern notwendig, dass sich möglichst viele an dem Entscheidungsprozess beteiligen.



Deswegen möchte ich Euch im Namen des Landesvorstands ermuntern, die verschiedenen Möglichkeiten zu nutzen, um Euch in dieser Debatte einzubringen.

Es waren die Bilder von fremdenfeindlichen, rechtsextremen Ausschreitungen und Anschläge aus Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen, die mich und meine Generation zu Beginn der 1990er Jahre als Jugendliche politisierten. Die Grünen waren damals die entschiedensten und glaubwürdigsten Gegner von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit in dieser Gesellschaft. Damals wie heute können wir mit unserer konsequenten Haltung insbesondere junge Menschen überzeugen. Aber es ist kein rein ostdeutsches Problem:



Die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung besagt, dass 26,7 Prozent aller Deutschen ausländerfeindliche Einstellungsmuster aufweisen. Es ist auch kein reines Jugendphänomen, im

Gegenteil: Es sind prozentual gesehen mehr ältere als junge Menschen, die zu rechten Meinungen tendieren. Jugendliche neigen aber verstärkt dazu, diese Einstellung durch Gewalt, Schmierereien und dem entsprechenden Wahlverhalten zum Ausdruck zu bringen. Vielerorts herrscht eine große Unsicherheit, wie man auf rechtes Gedankengut adäquat antworten soll. Dieser Unsicherheit wollen wir entgegenzutreten. In enger Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion, der Grünen Jugend sowie den Grün-Alternativen Räten werden wir uns geeignete Maßnahmen überlegen und insbesondere für die KommunalpolitikerInnen aufbereiten.



Es ist unser gemeinsames Ziel, die wahlkampffreien Jahre zur Weiterentwicklung unserer Positionen zu nutzen. Dazu lade ich Euch alle herzlich ein.

Ich wünsche Euch Frohe Weihnachten und freue mich auf die Zusammenarbeit in 2007!

>> Daniel Mouratidis
Landesvorsitzender

Ökologie ins Zentrum der Politik!

Das hat unser Landesparteitag aktuell zu Recht gefordert. Denn die ökologischen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, sind größer denn je. Und dennoch: Gerade bei unserem wichtigsten Thema stoßen wir Grüne immer wieder auf Widerstände. Wirtschaftsfeindliches Beharren auf hohen Umweltstandards bekommen wir ebenso entgegengehalten wie den Vorwurf, mit unserer Ablehnung von Gen-Food Panikmache zu betreiben. Was ist dran an der Kritik? Dazu äußern sich auf der Grundlage von teilweise provokant formulierten Thesen der Redaktion externe Stimmen mit einem Statement sowie grüne ExpertInnen aus dem Ländle.

“Autofahren ist zu billig.”?!

Autofahren ist zu billig, da immer noch nicht genügend zukunftsweisende Technologien wie Hybrid- oder Wasserstoffantriebe vorangebracht werden. Nur wenn das Autofahren mit normalem Verbrennungsmotor noch unrentabler wird, entsteht ein Markt für ökologischere Antriebsarten. Erst wenn sich ein Trend weg von den großen Verbrennungsmotoren hin zu den sparsameren, ökologischen Triebwerken einstellt, ist der erste große Schritt zu ökologischeren Fortbewegung im Straßenverkehr getan.

>> Christian Schmucker
Stellvertretender Vorsitzender des NABU
Kreisverband Esslingen

Autofahren ist unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels tatsächlich zu billig. Aber der Preis lässt sich politisch vorerst nicht so weit verteuern, wie zum Schutz des Klimas erforderlich wäre. Das Autofahren ist in Deutschland



schon heute teurer als in den Nachbarländern. Den resultierenden Tanktourismus kann man in Konstanz täglich besichtigen. Die drastische Verteuerung des Sprits - in zehn Jahren von 1.40 DM auf 1.40 Euro - hat auf den Verbrauch der Fahrzeuge fast keine Auswirkungen gehabt und die Fahrleistungen nur um 5 Prozent gesenkt. Der Preis ist offenkundig nicht die allein entscheidende Stellschraube.

Wir müssen uns also um alternative Politikinstrumente Gedanken machen. Ich halte eine gesetzliche Flottenverbrauchsbeschränkung für überfällig. Hätten wir sie schon vor zehn Jahren eingeführt und unsere Industrie entsprechend unter Druck gesetzt, würden heute Mercedes oder VW das große Geschäft mit sparsamen Autos in den USA machen - und nicht Toyota. Der öffentliche Nahverkehr ist zwar in der Regel wesentlich billiger als das Auto, wird aber als zu teuer wahrgenommen. Zum Teil liegt das daran, dass die Menschen die Fixkosten des Autos ignorieren ("Ich habe mein Auto ja sowieso"), zum anderen an den hohen Einstiegshürden für Gelegen-

heitsnutzung. Einzelfahrkarten im Nahverkehr sind umständlich und tatsächlich teuer. Deshalb halte ich die Einführung einer Nahverkehrsabgabe für richtig. Sie könnte mit heutiger Technik leicht administriert werden und würde als Chipkarte ein persönliches Guthaben für den öffentlichen Verkehr darstellen, das man allerdings selbst zuvor bezahlen musste. Ich bin sicher, in unserem Land würden die meisten Leute einigen Ehrgeiz dabei entwickeln, das Guthaben abzufahren. Das heißt natürlich nicht, dass die ökologische Steuerreform am Ende ist. Die Dieselermäßigung könnte deutlich reduziert werden, und in Abstimmung mit den Nachbarn wären weitere Schritte durchaus sinnvoll.

>> Boris Palmer, MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzender, Verkehrspolitik

“Überzogene Umweltstandards vernichten Arbeitsplätze.” Oder?

Überzogene Umweltstandards können in zwei Richtungen Arbeitsplätze vernichten:

Einerseits durch niedrigere Standards - sprich: Kosten - an Standorten außerhalb Deutschlands. Standorte stehen heute im Wettbewerb um Arbeitsplätze. Andererseits durch stark belastende bürokratische Regulierungen. Diese verursachen erhöhten Verwaltungsaufwand (zusätzliche Personalressourcen) und fehlen in Vertrieb und Produktion.

>> Dr. Hans-Eberhard Koch
Vorsitzender des LVI und Geschäftsführer/
Gesellschafter der Witzemann GmbH,
Pforzheim

Umweltstandards sind ein Wettbewerbsfaktor - das ist unbestritten. Wenn ein deutsches Chemie-Unternehmen hohe Summen in seine Abwasserreinigung investieren müsste, während der französische Konkurrent einleiten dürfte, was er wollte, wäre das Wettbewerbsverzerrung durch den Staat. Genau darum ist die Umweltpolitik zu einem wichtigen Politikfeld der EU geworden. Die Europäisierung vieler Umweltstandards ist eine Folge der Politik für einen Europäischen Binnenmarkt. Zwar gibt es auch weitere nationale Umweltpolitik, und EU-Richtlinien müssen in nationales Recht umgesetzt und von den Verwaltungen angewendet werden. Aber für das produzierende Gewerbe gibt es kaum kostenrelevante Unterschiede durch Umweltstandards innerhalb Europas.



Mit der letzten und der kommenden EU-Osterweiterung - Bulgarien und Rumänien treten 2007 bei - haben wir diese Standards und die Verpflichtung, sie umzusetzen, exportiert. Damit sind direkt Arbeitsplätze im Bereich der Umwelttechnik, aber auch bei Umweltdienstleistungen wie Beratung und Software bei uns geschaffen worden. Indirekt profitieren unsere Unternehmen branchenübergreifend durch den Zeit- und Know-How-Vorteil gegenüber ihren Wettbewerbern aus den Beitrittsländern oder anderen Teilen der Welt: Von der Stunde Null an können sie präsent sein auf den neuen Märkten der Beitrittsländer.

Auch die Internationalisierung unserer Wirtschaft tut dem keinen Abbruch. Sie ist vor allem eine Europäisierung: 73 Prozent unseres Außenhandels sind europäisch. Die weiteren wichtigen Handelspartner sind die westlichen Industrienationen wie die USA, Kanada und Japan, die laut OECD vergleichbare Umweltstandards für Unternehmen haben wie wir.

Und was ist mit dem Rest der Welt? Droht eine "gelbe Gefahr", weil China keine hohen Umweltstandards hat und dadurch Wettbewerbsvorteile? Ich meine nein. Zum einen ist der Faktor Umweltstandards unter Kostengesichtspunkten im Verhältnis zu den Lohnkostenunterschieden marginal. Den viel wichtigeren Grund haben aber auch bereits einige chinesische Politiker erkannt: Hohe Umweltstandards sind keine grüne Spinnerei, sondern notwendig für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Externe Kosten der Produkte wie potenzielle Umweltverschmutzung werden inter-

nationalisiert. Das erhöht - so die Wirtschaftswissenschaft - die volkswirtschaftliche Effizienz und Leistung. Und sie schützen die endlichen Produktionsfaktoren Umwelt und Arbeit - also die Menschen.

>> Andrea Lindlohr
Mitglied des Landesvorstands

“Atomenergie ist als Übergangstechnologie notwendig.” Oder was?

Das frühzeitige Abschalten der Kernkraftwerke führt zu Fehlinvestitionen, da heute Anreize in herkömmliche Kohletechnologie und in Gaskraftwerke gegeben werden. Eine mögliche Laufzeitverlängerung sollte nur für sichere Kernkraftwerke gelten. Die zukünftige Stromerzeugung sollte sicher, CO₂ frei und wettbewerbsfähig sein. Es sollten Investitionen in CO₂-arme Kohletechnologien (CCS) und erneuerbare Energien stattfinden. Die Erforschung der CCS-Technologie benötigt Zeit und mehr Geld für die Forschung und Entwicklung dieser Technologie. Der Ersatz der 20 Gigawatt Atomstrom durch herkömmliche Kohletechnologie würde zu steigenden CO₂ Emissionen führen, damit würden die Klimaschutzziele bedroht.

Prof. Dr. Claudia Kemfert
Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW Berlin und Inhaberin des Lehrstuhls für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität Berlin

Waren es in der Vergangenheit meist die drohende Versorgungslücke oder explodierende Strompreise, die als Rechtfertigung für Laufzeitverlängerungen herhalten mussten, rutscht in den letzten Monaten mit dem Klimaschutz ein Argument in den Mittelpunkt der Debatte, mit dem man wohl glaubt, auch manchen Ökologen ins Grübeln bringen zu können. Wer Atomkraftwerke zum jetzigen Zeitpunkt abschaltet - so Prof. Kemfert -, versündigt sich an unserem Klima. Stattdessen solle man - bis denn eines fernen Tages Technologien zur CO₂-Abscheidung einsatzfähig sind - auf solche Reaktoren setzen, die ‚sicher‘ sind. Zuletzt war es der schwere Störfall im schwedischen AKW Forsmark, der gezeigt hat, dass es die notwendige Sicherheit bei dieser Risikotechnologie nun mal nicht gibt.



Einiges getan. Laut Umweltbundesamt werden erneuerbare Energieträger bis 2010 jährlich 50 Mrd. Kilowatt pro Stunden (kWh) mehr Strom liefern als im Jahr 2000. Die sechs Atomkraftwerke, die bis 2010 stillzulegen sind, lieferten zusammen jährlich nur 33 Mrd. kWh.

Kaum noch jemand zieht das Ausbauziel von 25 Prozent für die Erneuerbaren im Stromsektor bis 2020 in Zweifel. Die Atomenergie bringt es heute bundesweit auf 27 Prozent Anteil. Allein mit der besseren Wärmedämmung des Altbaubestands könnte aber fast so viel Energie eingespart werden wie wir im Stromsektor insgesamt verbrauchen. Als Klimaschützer sind AKWs denkbar ungeeignet. Unschlagbar sind sie allerdings, wenn es gilt, Kasse für die Betreiber zu machen. Dieses Argument für die Laufzeitverlängerung fällt allerdings so gut wie nie.

>> Franz Untersteller, MdL
Energie und Umwelt

Letztlich unterliegt Claudia Kemfert aber einer grundsätzlichen Fehleinschätzung. Die 440 weltweit in Betrieb befindlichen Reaktoren tragen gerade 5 Prozent zur Deckung des globalen Endenergieverbrauchs bei. Schon das zeigt, dass längere Laufzeiten zum Aufhalten des Klimawandels nicht taugen. Der Lösungsansatz kann nur lauten: Drastischer Ausbau regenerativer Energien bei Strom, Wärme und Mobilität; mehr Effizienz bei Energieerzeugung und -nutzung sowie konsequente Energieeinsparung. Dank des von uns maßgeblich mitgestalteten Erneuerbare Energien-Gesetzes hat sich hier

“Mythos: Gen-Food macht krank” !?

Beim Verzehr von Lebensmitteln aus in der EU zugelassenen GVO [gentechnisch veränderte Pflanzen, Anm. d. Red.] besteht kein erhöhtes Gesundheitsrisiko gegenüber dem Verzehr von Produkten aus konventionellem Anbau. Im Gegenteil: In einzelnen Fällen sind Lebensmittel aus GVO den konventionellen Lebensmitteln in Bezug auf die Gesundheit sogar vorteilhafter.

Zu diesem Ergebnis kam die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften in ihrem Memorandum zur Grünen Gentechnik von Mai 2006.

http://www.akademienunion.de/_file/memorandum_gentechnik/memorandum_gruene_gentechnik.pdf



Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über mögliche Auswirkungen des Verzehrs gentechnisch veränderter Lebensmittel gibt es

nicht. Allerdings zeigen Fütterungsversuche mit Tieren, dass transgene DNA in die Körperzellen aufgenommen wird. Die Vermutung liegt nahe, dass dies auch bei Menschen möglich ist. Ob - und wenn ja welche - negative Auswirkungen dies hat, wird man letztendlich nur langfristig beurteilen können. Der Hinweis auf Länder, wo schon länger GVO-Lebensmittel auf den Tellern landen, hilft da nicht weiter, denn dort fehlt eine Vergleichsgruppe, die sich nur gentechnikfrei ernährt.

“Wir fahren Biosprit und Afrika verhungert.”?

Eine Beurteilung der Auswirkungen ist demnach gar nicht möglich.

Gentechnik in Lebensmitteln und Futtermitteln ist viel mehr als nur die Frage nach gesundheitlichen Risiken durch Verzehr. Einmal in die Umwelt freigesetzt, gibt es kein Zurück mehr - ein Langzeitgroßversuch ohne Risikoabsicherung. Mögliche Auswirkungen sind der Rückgang der Artenvielfalt, die Dominanz transgener Pflanzen und Tiere im Ökosystem sowie zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeiten und ökonomische Zwänge für die Landwirtschaft. Mit der Gentechnik wird es zu einer weiteren Intensivierung der Agrarproduktion kommen, mit allen negativen Auswirkungen auf Produktqualität und Umwelt - und letztendlich den ländlichen Raum.

Tiere und Pflanzen sind keine leblosen Maschinen, an denen man beliebig herumdoktern kann, und der Gen-Pool ist nicht eine bedenkenlos umprogrammierbare Software. Die friedliche Koexistenz von konventionellen Betrieben, Öko-Betrieben und der GVO-Nutzung wird es in Baden-Württemberg nicht geben können. Schon allein die bäuerlichen Familienbetriebe mit ihren eher kleineren Strukturen und Flurstücken erlauben dies nicht. Der richtige Weg für unser Land heißt stattdessen: regionale Produkte mit hoher Qualität bei hohen Umweltstandards - tiergerecht und gentechnikfrei produziert.

>> Bernd Murschel, MdL
Landwirtschaft

"Wenn der Verkauf oder erst recht der Export von Bioenergiepflanzen mehr bringt als die Erzeugung von Nahrungsmitteln, dann werden Bioenergiepflanzen auch angebaut, da kann die Politik noch so oft betonen, dass die Ernährung der Menschheit Vorrang habe. Auch heute hungert ja niemand deshalb, weil die Welt zuwenig Nahrungsmittel produziert, da wäre genug da, sondern weil die Hungernden nicht genug Geld haben, sich Nahrungsmittel zu kaufen."

(Aus einer Rede von Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt & Entwicklung bei der Tagung "Bio im Tank: Chancen - Risiken - Nebenwirkungen" der Heinrich Böll Stiftung am 15. April 2005)



Fossile Brennstoffe durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen, ist grundsätzlich sinnvoll. Sowohl für die heimische Landwirtschaft als auch für Entwicklungsländer bietet der Anbau von Energiepflanzen wirtschaftliche Chancen. Erhebliche - ökologisch unbedenkliche - Energiepotentiale insbesondere für die Wärme- und Stromerzeugung liegen in der Verwertung von Reststoffen und Abfällen wie Holzabfälle und Strohüberschüsse. Aber die rasant wachsende Nachfrage nach Bio-Energie birgt auch Risiken. Wenn Regenwald abgeholzt wird, um Platz für Palmöl-Plantagen zu schaffen, oder wenn die Agro-Gentechnikindustrie die Energiepflanzenproduktion als Einfallstor nutzt, dann läuft etwas

falsch. Schon bei der Produktion im Inland stellt sich die Frage, wie die ganzheitliche Energiebilanz ausfällt, und ob die Produktion mit unseren Vorstellungen einer ökologischen Landwirtschaft und dem Schutz von Ökosystemen in Einklang zu bringen sind. Wie etwa Biodiesel zu bewerten ist, hängt von vielen Faktoren ab. Statt einen "Öko-Freibrief" auszustellen, sollte die steuerliche Förderung an eine umweltfreundliche Produktion geknüpft werden.

Noch schwieriger zu bewerten ist der Import von nachwachsenden Rohstoffen von armen Entwicklungsländern in reiche Industrienationen. Denn hier spielen ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und andere soziale Fragen wie kleinbäuerliche Strukturen versus Plantagen-Monokulturen und Kommerzialisierung bisher öffentlich zugänglicher Wälder eine wichtige Rolle. Denn natürlich steht die Bioenergiegewinnung in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Und Urwälder sind durch zunehmenden Nutzungsdruck bedroht.

Um auch in den Anbauländern eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, brauchen wir deshalb für den internationalen Handel mit Bioenergie Umwelt- und Sozialkriterien.

Trotz Biosprit und Co. werden wir nicht darum herumkommen, Energie zu sparen und unseren Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Sonst laufen wir Gefahr, Bioenergie als zusätzliche Energiequelle zu nutzen, und das Problem des Klimawandels trotzdem nicht in den Griff zu bekommen.

>> Gisela Splett, MdL
Naturschutz, Frieden/Globalisierung

Boris Palmer Neuer OB von Tübingen



"Triumphaler Sieg" schreibt das heimische Schwäbische Tagblatt, "gigantisch" sagt Andreas Braun: Mit 50,4 Prozent hat Boris Palmer, bisher grüner MdL für Tübingen, die Oberbürgermeisterwahl in Tübingen überraschend schon im ersten Wahlgang für sich entschieden. Die bisherige Amtsinhaberin Brigitte Russ-Scherer (SPD) erhielt 30,2 Prozent.

"Schwäbisch, schaffig, g'scheit und grün" - diese Palmer-Mischung, so analysiert Winfried Kretschmann, habe die Tübinger überzeugt. Unter dem Motto "Ideen finden Stadt. Offen. Ökologisch. Tüpisch" hatte Boris Palmer für sich und sein sehr ausführliches und konkretes Wahlprogramm geworben.

"Mit Ökologie kann man Wahlen gewinnen" lautet seine Schlussfolgerung. Auch sei Schwarz-Grün kein Schreckgespenst mehr für grüנגeneigte WählerInnen, da ihm trotz solcher Debatten um seine Person die WählerInnen besonders in grünen

Hochburgen ihre Stimmen gegeben hätten. Als OB möchte Boris Palmer Tübingen "in die Öko-Bundesliga führen" mit neuer Stadtentwicklung, Energie- und Verkehrskonzepten. Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sollen nun die Tübinger Stadtpolitik prägen.

>> Andrea Lindlohr
GB-Redaktion

OB-Wahl Heidelberg

Auch in Heidelberg konnten die Grünen bei der OB-Wahl weit mehr als nur einen Achtungserfolg erzielen: Mit hervorragenden 45,1 Prozent im zweiten Wahlgang verfehlte die grüne Kandidatin Prof. Dr.



Prof. Dr. Caja Thimm nur knapp den Wahlsieg. Ein großes Dankeschön an Caja Thimm und die Heidelberger Grünen für ihren engagierten Wahlkampf!

Die neuen Redaktionsmitglieder



Auf der LDK in Bad Krozingen in die GB-Redaktion nach gewählt: Agnes Malczak (KV Tübingen) und Thomas Hornung (KV Karlsruhe-Land)

Markus Rösler Neuer Parlamentarischer Berater



Seit November 2006 bin ich Parlamentarischer Berater der Landtagsfraktion der Grünen im Landtag und dort zuständig für Natur-

und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft sowie Verbraucherschutz. Ursprünglich stamme ich aus Gerlingen im Kreis Ludwigsburg, wobei ich schon zahlreiche unterschiedliche Regionen kennenlernte: 1981 - 1983 Vogelwart an der Nordsee und Mitarbeiter der Vogelwarte Helgoland, 1984/ 1985 Gründung Leitung des DBV-Umweltzentrums im Kreis Ludwigsburg, 1985 - 1990 Studium in Berlin inkl. einem halben Jahr Griechenland sowie einem Stipendium in der DDR, 1990 - 1992 Werkvertrag = Diplom-Arbeit zum Thema Streuobst in Boll, 1993 - 1996 Doktorarbeit "Arbeitsplätze durch Naturschutz am Beispiel der Biosphärenreservate und der Modellregion Mittlere Schwäbischen Alb", 1997 - 2000 Lehrstuhl für Landschaftsökonomie an der Universität Greifswald Greifswald, 2000 - 2006 Geschäftsführer des NABU Saarland. Ehrenamtlich bin ich seit Kindesbeinen im NABU tätig (aber auch schon seit 1982 BUND-Mitglied), seit 25 Jahren zudem auf Bundes- und europäischer Ebene, derzeit als Sprecher des NABU-Bundesfachausschuss Streuobst, Vertreter des NABU in der Europarc-Federation und in der IUCN-WCPA.

Kontakt:

Markus.Roesler@Grueene.Landtag-BW.de, 0711/2063-962

>> Adressen

**Landesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg**
Landesgeschäftsstelle
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel (0711) 99 35 90
Fax (0711) 99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN im
Landtag von Baden-Württemberg**
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Tel. (0711) 2063-683
Fax: (0711) 2063-660
post@gruene.landtag-bw.de
www.bawue.gruene-fraktion.de

**Bundesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
Bundesgeschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel. (030) 28442-0
Fax (030) 28442-210
bgst@gruene.de
www.gruene.de

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion**
Platz der Republik 1
10110 Berlin
Tel. (030) 227-56789
Fax (030) 227-56552
epost@gruene-fraktion.de
www.gruene-fraktion.de

**Grüne Jugend
Baden-Württemberg**
Forststraße 93
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 975
Fax (0711) 99 35 999
info@gjbw.de
www.gjbw.de

**Kommunalpolitische Vereinigung
GAR**
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 990
Fax: (0711) 99 35 999
gar@gar-bw.de
www.gar-bw.de

>> Termine

17. Januar 2007, 18.00 Uhr:
Treffen der LAG Internationales -
Thema: "UNO-Dekade: Nachhaltige
Entwicklung und G8-Gipfel".
Fraktionssitzungssaal der Grünen
im Landtag. Wegen Anmeldung
und weiteren Informationen
bitte melden bei LAG-Sprecher
Walter Schwenninger, schwenninger@gmx.net

10. Februar 2007 Stuttgart, voraussichtlich ca. 10.30-17.00 Uhr:
Regionalkonferenz von Bündnis
90/Die Grünen Baden-Württemberg.
Tagungszentrum der Telekom,
Stuttgart. Nähere Informationen
folgen.

21. Februar 2007: Politischer
Aschermittwoch in der Stadthalle
in Biberach/Riß. Weitere Informationen
folgen.

**Die GB-Redaktion
wünscht Euch Frohe
Weihnachten und einen
guten Rutsch ins neue
Jahr!**

>> Impressum

Herausgeber
Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
Forststraße 93, 70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 90, Fax (0711) 99 35 999

Redaktion
Tilo Berner, Philip Eberhardt, Gisela Hotz, Thomas Hornung, Andrea Lindlohr,
Agnes Malczak, Helene Rädler, Susanne Roßbach, Wolfgang Schmitt

Layout & Satz
Katrin Ströbel

Druck
Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Stück)